

Voraussetzung einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft: Verursachergerechte Preise

ad GAIA 13 (2004), no. 1, p. 11-18

K.Woltron ("Disput"): Wege in den Postkapitalismus

In seinem Beitrag sieht Woltron die Privilegierung der Kapitalgesellschaften gegenüber den Personengesellschaften als "Geburtsfehler des Kapitalismus". So haften die Eigentümer von Kapitalgesellschaften bei Verlusten nur bis zur Höhe ihrer Kapitalanteile, während die von Personengesellschaften mit ihrem Vermögen haften. Daher komme es zur Konzentration auf ein einziges Ziel: die Kapitalakkumulation, was zusehends andere individuelle, soziale, ökologische und regionale Ziele außer Kraft setze und zu einer schleichenden Monotonisierung, Entmenschlichung und Unbeeinflussbarkeit des Systems führe.

Der einzige Ausweg in den Postkapitalismus bestünde daher im Beseitigen der Privilegierung. Die Haftungsbeschränkung der Kapitalgesellschaften müßte entweder aufgehoben oder mit staatlich definierten Pflichten verknüpft werden. Das anonyme Kapital juristischer Personen müsse gleich behandelt werden wie das Kapital im Besitz natürlicher Personen. Dadurch würde seine Expansion auf natur- und sozialverträgliche Ausmaße zurückgeführt.

Der "Geburtsfehler der Marktwirtschaft": Falsche Preise

Dem liegt die Annahme zugrunde, daß eine ausschließlich aus Personenunternehmen bestehende freie Marktwirtschaft keine der erwähnten Übel aufweisen und von sich aus soziale und ökologische Ziele verfolgen würde. Davon kann aber keine Rede sein: Der "Geburtsfehler" haftet schon der Marktwirtschaft an und nicht erst ihrer kapitalistischen Entartung. Es sind die extrem falschen Preise, die arbeits- und wissensintensive Produkte und Dienstleistungen viel zu teuer, ressourcenintensive aber viel zu billig machen. Man zahlt beim Kauf eines Gutes nur einen Bruchteil der Kosten, die während dessen Lebensdauer entstehen; der überwiegende Anteil nicht bezahlter externer Kosten wird auf die gegenwärtige und zukünftige Gesellschaft abgewälzt. Da sind einmal die Kosten mittelbar verursachter Schäden: So müßte der Preis des Treibstoffs alle Kosten enthalten, um die Schädigungen zu beseitigen, die ein Fahrzeug bei dessen Verbrennung (mit mittlerer Wahrscheinlichkeit) anrichtet. Diese externalisierten Folgekosten sind wegen irreparabler Schäden "extrem hoch". Da sind andererseits Preise von Gütern, die zu niedrig sind, weil die Marktwirtschaft zukünftige Generationen und deren Nachfrage ignoriert. Die Mehrheit der Menschen

lebt potentiell in der Zukunft. Eine Marktwirtschaft, die wirklich frei ist, darf diese nicht vom Konsum ausschließen. Sie müßte nicht erneuerbare Ressourcen unter allen versteigern, die sie nutzen könnten, also unter Einschluß dieser Mehrheit. Wieder ergäben sich extrem hohe Ressourcenpreise. Da sind drittens Konsumenten, die Ressourcen effizient verwenden, zugunsten ihrer Mitbürger sowie künftiger Generationen. Sie werden dafür mit hohen Preisen bestraft.

Wegen der fehlsteuernden Preise richtet der freie Handel, das Rückgrat der Marktwirtschaft, immer mehr Schäden an. Begründet wird der Freihandel mit einem übereinfachen Modell, dem der "komparativen Kostenvorteile durch internationale Arbeitsteilung". Die Voraussetzungen und Annahmen aber, unter denen das Modell gültig ist, werden ignoriert: Länder mit unterschiedlichen Technologien, Traditionen und Ressourcen müssen unterschiedliche Kosten aufbringen, um die gleichen Produkte herzustellen. David Ricardo (1772-1823) brachte als Beispiel England, das Tuch billiger herstellen könne als Portugal, während umgekehrt Portugal Wein mit geringeren Kosten produzieren könne als England. Daher sei es von Vorteil für beide, wenn sich England auf Tuch und Portugal auf Wein spezialisierte, und sie das jeweils andere Produkt durch freien Handel eintauschten. Im Extremfall sollte jedes Land nur produzieren, was es billiger herstellen könne als jedes andere Land. Es sollte die Überproduktion dieser Billigprodukte exportieren und mit dem Exporterlös alle anderen Güter und Dienstleistungen importieren.

Ein fehlgesteuerter Handel

All dies gilt jedoch nur unter den Voraussetzungen, daß Produktionsfaktoren wie die Arbeit und das Kapital völlig immobil sind 1), daß alle von Produktion und Konsum verursachten Kosten auch von diesen getragen werden und daß die Transportkosten ignoriert werden. Tatsächlich sind jedoch Arbeit, vor allem aber das Kapital sehr mobil, und der Großteil der Kosten wird nicht von ihren Verursachern getragen. Würden etwa die Transportkosten auch ihren externen Anteil enthalten, wären sie außerordentlich hoch und würden die Transportmobilität drastisch absenken. Komparative Vorteile gäbe es nur für einen Handel entweder über kurze Distanzen oder für sehr wertvolle Güter, so wie in der Wirtschaftsgeschichte: Immer schon wurden wertvolle Güter, wie Bernstein, Seide, Weihrauch oder Purpur sehr weit trans-

portiert. Die gegenwärtige Kombination des Freihandels mit verschwindend niedrigen Verkehrskosten hat hingegen fatale Folgen. Denn sie entfesselt einen gnadenlosen Konkurrenzkampf zwischen den Produktionsstandorten: Jeder Produzent gerät in Konkurrenz mit praktisch allen anderen derselben Branche, wo immer sie sich auf der Welt befinden. Er kann nur überleben, wenn er ohne Rücksicht auf soziale oder ökologische Verluste seine Kosten senkt, auch durch ihre Überwälzung (oder "Externalisierung") auf die Gesellschaft. Weil Arbeit teuer ist, werden immer mehr Menschen durch ressourcenintensive Rationalisierungsmaßnahmen "freigesetzt". Die Arbeitslosigkeit wächst. Der Arbeitsanteil muß gering und die Ressourcen müssen billig sein, auch wenn das niedrige Löhne, soziales Elend und Ausbeutung der Natur bedeutet. Der Gegensatz zwischen Armen und Reichen wächst sowohl innerhalb als auch zwischen den Ländern.

Verschärft wird dies durch das "Herkunftslandprinzip" der EU. Wo immer ein Produkt in einem Mitgliedsland zum Verkauf zugelassen wird, muß es kostenfrei in alle anderen importiert werden dürfen. Das bringt dem Land mit den kostenniedrigsten ökologischen und sozialen Standards komparative Vorteile. Seine Unternehmen können den ganzen europäischen Absatzmarkt gewinnen und darauf hoffen, das mobile Kapital anzuziehen. Den Unternehmen der anderen Länder bleibt nur die Chance, ihre Standards ebenso zu senken oder mit Kapitalflucht konfrontiert zu werden und schließlich aus dem Markt zu kippen. Das Argument, ein Land würde sich mit niedrigen Standards nicht selbst schädigen wollen, berücksichtigt nicht die transnationalen Firmen. Sie kümmern sich nicht um nationale Eigenheiten und Wünsche. Wenn vergleichsweise höhere Steuern, "lästige" Gewerkschaftler, "renitente" Umweltschützer oder eine nicht ausreichend unterwürfige Politik in einem Land drohen, beliefern sie es von einem anderen Land aus, in das sie die Produktion verlagern. Politiken im Interesse der heimischen Bevölkerungen verlieren ihren Gestaltungsraum.

Verursacherprinzip statt Tragödie der Allmende

Der Geburtsfehler der Marktwirtschaft, falsche Preise, die zu immer falscheren Preisen führen, ist als "Tragödie der Allmende" bereits lange bekannt.²⁾ Den Ausweg sehe ich allein im Verursacherprinzip: Jedem Nutzer steht nur so viel Weidegras zur Verfügung, wie die Weide ohne Schädigung liefern kann, geteilt durch die Anzahl der Nutzer. Wenn er mehr Gras verfüttern will, muß er es von denen kaufen, die er damit zwingt, weniger Gras verfüttern zu können. Nur so kommt er für alle Kosten auf, die er verursacht. In

den Graspreis werden alle Kosten eingerechnet oder "internalisiert". Nur derartig fundamental neue und deswegen unerprobte kostengerechte Preise sind eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für den Übergang zum Postkapitalismus. Nicht nur die Produktion, auch der Konsum muß auf diese Weise ausreichend hohen ökologischen und sozialen Standards unterworfen werden. Antworten auf Woltrons Fragen nach Kalkulationsgrundlagen oder der Beurteilung der Folgekosten ergeben sich dabei von selbst. Denn Gewinne werden statt mit ressourcenintensiven dann mit wissens- und arbeitsintensiven Produkten und Dienstleistungen gemacht. Widerstände von Lobbys, die ausschließlich an der gegenwärtigen Zerstörung gewinnen, müssen für die Wirtschaftspolitik irrelevant sein und politisch überwunden werden.

Solange kostengerechte Preise und verantwortungsvolle Standards nicht global und nicht einmal innerhalb der EU üblich sind, muß ein Land die Möglichkeit haben, sie selbst so gestalten zu können, daß es ihm dies keine ökonomischen Nachteile bringt. Länder mit kostengerechten Preisen müssen bei Importen aus Ländern ohne solche Kompensationszölle erheben können. 1) Die inländische Produktion muß genau so behandelt werden, wie derjenige Teil der ausländischen, der importiert wird. Dies hat nichts mit Autarkie zu tun. Komparative Kostenvorteile würden sich für die Produktion und den Konsum mit den höchsten statt mit den niedrigsten Standards ergeben. Schon John Maynard

"G. Hardin: "The Tragedy of the Commons",
Science 162 (1968) 1243-1248.

Keynes (1883-1946) schrieb 1): »Ich sympathisiere darum mit denen, die wirtschaftliche Verflechtungen zwischen den Nationen nicht maximieren, sondern möglichst gering halten wollen. Ideen, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen - solche Dinge sind ihrem Wesen nach international. Doch Waren sollten, wann immer es vernünftig und praktisch ist, hausgemacht sein; und vor allem sollten die Finanzen überwiegend national bleiben.« Vom "Herkunftsland-" muß dementsprechend zum "Bestimmungslandprinzip" übergegangen werden. Alle in einem Land verkauften Güter und Dienstleistungen müssen seinen Standards, etwa der Kosteninternalisierung, entsprechen. Jedes Land muß die Möglichkeit haben, eine Politik für die eigene Bevölkerung und die eigene Natur machen zu können.

Hans P. Aubauer

Institut für Materialphysik, Universität Wien
E-Mail: Aubauer@ap.univie.ac.at

In meinem Beitrag wurde das Beseitigen der Privilegierung der Kapitalgesellschaften nicht als "der einzige Ausweg" dargestellt. Nichts liegt mir ferner als eine monodimensionale "nothing-else-buttery". In der Tabelle (p. 18) ist eine Fülle von Einzelmaßnahmen angeführt, welche erst in ihrem Zusammenwirken die erwünschten Ziele vielleicht erreichbar erscheinen lassen. Genau auf dieses Zusammenwirken und den Algorithmus hierfür kommt es mir an. Ein sehr wichtiger Faktor ist zweifellos die Internalisierung externer Kosten - aber bei weitem nicht der einzige.

Im Prinzip hat Aubauer, wie alle guten Diagnostiker, die nicht an den Schaltebeln der Therapie sitzen müssen, mit den grundsätzlichen Bemerkungen über die falschen Preise zweifellos Recht. Die Menschheit müßte, wie ein sorgsamer Kaufmann, für die denkbaren Folgen ihres Handelns rechtzeitig vorsorgen: Es müßten "ökologische Rückstellungen" in den volkswirtschaftlichen Bilanzen aufgebaut werden, die aus einer gerechten Belastung der einzelnen Preis- und Kalkulationskategorien, beginnend bei den Firmen, gespeist werden sollten. Die Grundsatzfrage ist "lediglich": Wie sollen diese Kalkulationsgrundlagen gerecht und ohne schwerste Konflikte erstellt werden? Wer hätte etwa die Milliarden Schäden, welche die jahrhundertelange Verwendung von Asbest derzeit anrichtet, kalkulieren können? Wer kann heute abschätzen, welche Folgekosten die Entsorgung von Satelliten auslösen

wird? Und wem werden sie, sollte man sie dennoch ermitteln können, zuzuschlagen sein? Auf diese Kernfrage, die längst und oft gestellt worden ist, bleibt die Antwort offen. Genau dort aber liegt das wirkliche Problem. Die Diagnose, der Wunsch haben geradezu den Charakter einer Aporie, wie der Wunsch nach einem harmonischen Wechsel von Sonnenschein und Regen zur Optimierung der Ernten.

Die simplifizierende Bemerkung aber »Antworten auf Woltrons Fragen nach Kalkulationsgrundlagen, oder der Beurteilung der Folgekosten ergeben sich dabei von selbst« könnte zum Schluß verleiten, es gäbe eine einfache Lösung. Ich sehe allerdings keine. Aubauers Frage ist berechtigt, das von ihm erwähnte Gleichnis der Allmende schon betagt und richtig - es fehlt aber die folgerichtige Antwort. Diese kann nur in einer vollkommenen Abkehr von den Prinzipien der Marktwirtschaft bestehen - einem dirigistischen, zentral gelenkten System, wo Beauftragte der Regierung nach bestem Wissen und Gewissen Technik- und Systemfolgenabschätzung betreiben und die Ergebnisse der Wirtschaft aufoktroyieren. Ähnliche Systeme hatten wir schon, der "Erfolg" ist bekannt.

Da negative Technikfolgen *a priori* nie genau quantifizierbar sind, ist ein demokratischer oder marktwirtschaftlicher Einigungsprozeß über die zu bildenden Rückstellungen und Kostenanteile kaum möglich. Der von Aubauer geforderte Algorithmus ist daher wünschbar, aber nicht darstellbar. Man muß andere Wege finden, um die Preise verursachergerecht zu gestalten und ein Optimum der Internalisierung von Folge- und externen Kosten zu erreichen (vergleiche "Roadmap", p. 18): Geht man vom Prinzip der Änderung der "Rahmenbedingungen für alle" durch direkte dirigistische Eingriffe ab, so verläßt man sowohl das Prinzip der Demokratie, der Marktwirtschaft als auch der Freiheit des Einzelnen. Ein wünschenswerter Ersatz dafür ist noch nirgendwo erfolgreich und menschengerecht praktiziert worden.

Die Sätze von Keynes und von Aubauer am Schluß gefallen mir. Angesichts einer völlig anderen Realität vermisste ich "nur" einen wesentlichen Punkt: Wie soll alles das praktisch erreicht werden? Genau diese praktikablen systemischen Lösungen suchen wir im Club of Vienna zu erarbeiten. Professor Aubauer wird das Teilprojekt persönlich leiten.

Klaus Woltron

MINAS Gruppe, Wien
E-Mail: woltron@woltron.com